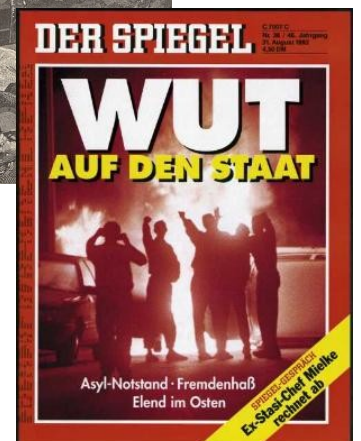
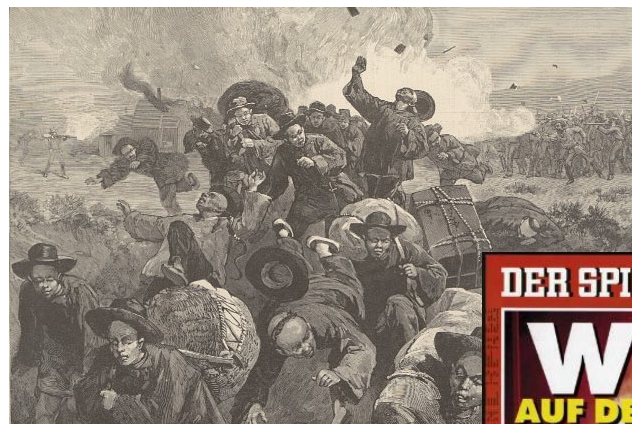


Bilder der Migration in der Karikatur



- von der Kontinuität rassistischer Bilder -

Bilder der Migration in der Karikatur - von der Kontinuität rassistischer Bilder -

Einleitung

1994 befand ich mich auf einer einwöchigen Bildungsreise mit dem Titel „New York hinter der Skyline“ in der Metropole an der Ostküste Amerikas. Eingebunden in die vielfältigen Programmpunkte war auch eine Besichtigung des Museums für Immigration auf Ellis Island.

Das Museum gehört zu einen der weltweit bekanntesten Ausstellungsorte über Immigration. Es zeigt in diversen Zeittafeln, Exponaten, Fotografien, Filmen und Texten welche Personengruppen, wie und aus welchen Gründen sie in die USA immigrierten. Wie sie dort empfangen wurden. Administrativ auf Ellis Island als Registrierungsort, praktisch an den Orten ihrer Niederlassung und medial im öffentlichen Diskurs. Ein Ausstellungsraum hatte es mir besonders angetan. Er zeigte us-amerikanische Karikaturen aus der Zeit 1880 bis 1920, der Hochzeit der Immigration in die USA.

Besser noch als Artikel schafften es diese Karikaturen mit spitzer Feder die Diskurse über Immigration zu komprimieren und zu vereinfachen, die Debatten zu verdichten und zu veranschaulichen. Viele der dargestellten Karikaturen wendeten sich gegen die Immigration, schrieben ihr allerlei negative Folgen zu und sahen in den ImmigrantInnen die bedrohlichen TrägerInnen von Armut, Kriminalität, Zersetzung und Verfall. Sie waren eindeutig rassistisch und nationalistisch geprägt. Es gab aber auch Karikaturen, die, wenn sie sich doch nicht bedingungslos für Immigration aussprachen, die ImmigrantInnen in Schutz nahmen und aus humanistischer Sicht die Migrationspolitik der USA kritisierten. Die Aktualität dieser Argumente verblüffte mich. Nichts schien sich in 100 Jahren verändert zu haben. Den Parallelitäten und Kontinuitäten rassistischer Bilder diesseits und jenseits des Atlantiks, versetzt um ein ganzes Jahrhundert, möchte ich in dieser Hausarbeit nachgehen.

1. Kurze Geschichte von Ellis Island

Ellis Island ist eine von drei Inseln im Hudson River bei New York. Hier befand sich ab 1892 die Durchgangsstation, das Aufnahme- und Registrierungslager, für ImmigrantInnen, die über die Ostküste in die USA einwanderten. Für die Westküste nannte sich eine ähnliche Einrichtung in der Bucht von San Francisco *Angel Island*. Generell galt, dass ab 1820 alle Daten über Einwanderung im neugegründeten *Department of Immigration Statistic* zentral erfasst und archiviert wurden. 1892 wurde Ellis Island eröffnet.

Zuvor war der ehemalige Festungsbau Castle Clinton in Manhattan für die gleiche Aufgabe vorgesehen gewesen. Hier waren in der Zeit von 1855 bis 1890, also innerhalb von 35 Jahren, 7 Millionen ImmigrantInnen registriert worden. Sie kamen vor allem aus Nord- und Westeuropa. Es waren ImmigrantInnen aus England, Irland, Deutschland und den Skandinavischen Ländern. Sie bildeten die erste große Einwanderungswelle in die USA. Castle Clinton erwies sich aber als unzureichend und nicht mehr zeitgemäß. Als Aufnahmeort für den enormen Zuwachs von EinwanderInnen war es als zu klein und vor allem zu durchlässig

befunden worden. So wurde der Steinbau auf Ellis Island, mit der natürlichen Barriere des Hudson Rivers zum Festland, zu einem Vorläufer für heutige Internierungslager für ImmigrantInnen. Wie z.B. die Lager auf der Mittelmeerinsel Lampedusa, wo ImmigrantInnen, die über das Mittelmeer Europa zu erreichen suchen, interniert und zumeist nach Afrika wieder abgeschoben werden.



Von 1892 bis 1922 wanderten ca. 14 Millionen Menschen über Ellis Island in die USA ein. Ausgelegt war die Insel für 500.000 ImmigrantInnen im Jahr. Die Kapazitäten lagen aber oft bei der doppelten Anzahl an Menschen. So waren es z.B. 1907 allein 1,25 Millionen Menschen, die auf Ellis Island registriert wurden. Über Ellis Island wanderten die armen EinwanderInnen ein. Als Passagiere der 3. Klasse und der Zwischendecks wurden sie untersucht, befragt, kontrolliert, geprüft, registriert und selektiert. Passagiere der 1. und 2. Klasse konnten nach einer kurzen Visitation und Registrierung an Bord ohne gesundheitliche, mentale, politische und literarische Prüfung von den großen Schiffen an Land gehen. Der Erwerb einer teuren Schiffspassage und die damit bewiesene Finanzkraft ließen sie für die US-Regierung als nützlich und unverdächtig erscheinen.



Ellis Island, wurde als gateway, als Tor zur Neuen Welt bezeichnet. Bei vielen ImmigrantInnen erhielt Ellis Island aber den Beinamen „isle of tears“ - „Insel der Tränen“. Die Einwanderungsgesetze der USA wandelten sich dermaßen restriktiv, dass vielen Menschen die Einreise verwehrt wurde und sie abgeschoben wurden. 1954 wurde das Lager geschlossen. Laut einer Volkszählung in den USA im Jahr 2000 geht man davon aus, dass ungefähr 40 % aller US-Bürger Vorfahren haben, die über Ellis Island eingewandert sind.

1985 begann man die Gebäude auf Ellis Island zu renovieren. 1990 wurde mit der großen Halle das *Ellis Island Immigration Museum* eröffnet. Es zeichnet an Hand von Exponaten, Texten, Bildern und Filmen die Migrationsgründe der EinwanderInnen nach. Sei es Armut und Hunger, Ausbeutung und Krieg oder politische und religiöse Verfolgung. Aber auch Migrationsrouten, die Anwerbung über große Schifffahrtsunternehmen (wie Hapag, u.a.), die Schiffe selbst (die Titanic, u.a.), die Ankunft und Registrierung in den USA, die Aufnahme an den neuen „Heimatorten“ und die allgemeine Diskussion über die Immigration in der damaligen Zeit werden im Museum anschaulich verdeutlicht. Das Ganze passiert natürlich nicht ideologiefrei. Und wenn man als Mitinitiator der Museumsidee den Namen des amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan hört, kann man sich eine konservative Ausrichtung der Museumspädagogik schon denken. Das soll aber nicht Thema der Hausarbeit sein und so sei hiermit auf das sehr interessante Buch von Joachim Baur *„Die Musealisierung der Migration, Einwanderungsmuseen und die Inszenierung der multikulturellen Nation“* (Transcript-Verlag, 2009) verwiesen.

2. Ein Blick zurück nach vorn – in den 90er Jahren

Der Raum mit den Karikaturen hatte es mir am meisten angetan. Hier blieb ich am längsten und machte auch einige Fotografien. Ich kam mir vor wie Signor Rossi aus dem 70er Jahre Zeichentrickfilm von Bruno Bozzetto *„Signor Rossi cerca la felicità“* - „Signor Rossi sucht das Glück“. Hier erhält der schüchterne und von seinem kapitalistischen Chef ausgebeutete und unterdrückte Signor Rossi von einer Fee eine Zauberpfeife, mit der er sich in andere Zeiten versetzen kann. Aber wann immer er aus der aktuellen Realität flieht und sich in andere Zeiten versetzt. Immer wieder findet er ähnliche Strukturen und Mechanismen vor und begegnet seinem Chef als Unterdrücker dieser Zeit. Ich war sehr erstaunt über die „Aktualität“ dieser 100 Jahre alten US-Karikaturen und kam mir wie in einer Zeitschleife vor. Als wäre ich Signor Rossi und wäre 100 Jahre in der Zeit zurückgereist.

Erst im Jahr zuvor, im Mai 1993, war in der Bundesrepublik das Grundrecht auf Asyl (Artikel 16a des Grundgesetz) faktisch abgeschafft worden. Das Gesetz blieb nach seiner Novellierung quasi als demokratisches Aushängeschild weiterhin bestehen. Verlor aber jegliche Substanz für Flüchtlinge. Ob diese über den Artikel 16a allseits vorgegebenen humanitären Absichten zum Schutz für Menschenrechte und -würde jemals einer der Bundesregierungen zu eigen war, darf angezweifelt werden. Wurde und wird doch denjenigen Menschen, die durch einen befreundeten Staat verfolgt werden, in Deutschland Asyl verweigert, während den Verfolgten durch einen verfeindeten Staats Asyl in Aussicht gestellt wird. *„Gemäß dieser Zweckbestimmung des Asylrechts ist die Feststellung des Tatbestandes der politischen Verfolgung von vornherein eine Frage der politischen Definition nach Maßgabe der außenpolitischen Interessenlage des deutschen Staates.“*¹. Man kann also davon ausgehen, dass es sich bei dem Asylrecht nicht um die Universalität von Menschenrechten gegen Gewalt, Folter, Entrechtung und Vertreibung dreht, sondern um den Nutzen, den man aus dergleichen humanitärer Gesetzgebungen ziehen kann. Nämlich das Asylrecht, sowie auch die Menschenrechte, als Kampfbegriff gegen andere Staaten in eine konkurrenente Stellung zu bringen. Wenn das Recht also durch beschnittene Anwendung substanzlos ist und gleichzeitig außenpolitisch in der Hinsicht benutzt wird, anderen ihre mangelnde demokratische Verfasstheit vorzuwerfen, so liegt der begründete Verdacht einer

¹ Albert Krölls in „Das Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?“ (S.207)

nationalen Kosmetik nahe. Diese Einsicht wird durch den penetranten Verweis der Bundesrepublik, das Asylgesetz sei im Grundgesetz auf Grund der Erfahrung mit dem NS-Regime installiert worden, noch genährt.

Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Jahre 2010:

„Das mit dem hohen Anspruch der Verfassungsgarantie versehene bundesdeutsche Asylrecht ist das Ergebnis geschichtlicher Erfahrungen mit politischer Verfolgung während des Nationalsozialismus. Die Verfasser des Grundgesetzes gewährten dem einzelnen Berechtigten einen höchstpersönlichen, absoluten Anspruch auf Schutz und damit das Grundrecht auf Asyl. Mit der Gewährung eines Individualanspruchs auf Asyl geht das Grundgesetz über das Völkerrecht hinaus, das einen solchen Anspruch nicht kennt, vielmehr in der Asylgewährung nur ein Recht des Staates gegenüber anderen Staaten sieht. Deutschland besitzt damit eine der umfassendsten Asylgesetzgebungen Europas. Auch aus diesem Grunde kommt ihm eine besondere Rolle bei der europäischen Harmonisierung des Asylrechts zu.“²

Albert Kröll spricht in seinem Buch „Das Grundgesetz - ein Grund zum Feiern?“ von einem *„politkosmetischen Bedürfnis, sich gegenüber dem faschistischen Vorgängerstaat ins rechte Licht zu rücken“*.

Sieht man sich die Unterstützung an, die die BRD seit ihrer Gründung befreundeten Regimen und Diktaturen (wie z.B. dem Apartheid Regime in Südafrika, den Diktaturen in Argentinien und Chile, etc.) gab, kann man an ihrem Humanismus und demokratischer Verfasstheit zweifeln und kommt nicht umhin zu sagen, dass Deutschland an den Ursachen politischer Flucht maßgebliche Verantwortung trägt. Sowie das Deutschland über seine Wirtschaftspolitik Anteil an den Gründen für Wanderungsbewegungen auf Grund ökonomischer Ausbeutung, Zerstörung von Subsistenzwirtschaft und ökologischen Lebensbedingungen hat.

In dem so genannten „Asylkompromiss“ von 1993 einigten sich die Parteien CDU, CSU, FDP und SPD auf die Visapflicht für Einreisende, der Regelung sogenannter sicherer Drittstaaten und eine restriktive Praxis des Asylverfahrens. Z.B. Verkürzung des Instanzenwegs, Beschränkung der Rechtsmittel, Beschleunigung der Abschiebeverfahren, usw.. Praktiken, die die Inanspruchnahme des Rechts auf Asyl und damit den Schutz und die Anwesenheit von Flüchtlingen in der BRD quasi ad absurdum führen. Das diese Entscheidung von Personen im deutschen Bundestag, also Staatsträgern, gefällt wurde und nicht mit Einbezug der eigentlichen Betroffenen, sagt viel über diesen „Kompromiss“ aus. Zu behaupten, es gäbe kein Asyl in Deutschland wäre falsch. Die Ausnahme bestätigt auch hier, wie immer, die Regel. Richtig ist es zu sagen, dass in Deutschland politisches Asyl kaum noch gewährt wird. Im letzten Jahr, 2010, wurden 643 Menschen in Deutschland als asylberechtigt anerkannt.

Laut des Bundesamt für Migration und Flüchtlinge belief sich die Anzahl der Asylanträge 1992 auf 438.191. Von denen 4,3 % anerkannt wurden. Im Jahr 2010 wurden 41.332 Erstanträge erfasst. Das Bundesamt schreibt in seinem Jahresbericht von 2010 *„In Relation zum Jahr 1992 zeigt sich, dass die Zahl der Zugänge im Jahr 2010 etwa 11 % (Erst- und Folgeanträge zusammengerechnet) des historischen Höchststandes beträgt.“* Aus dem Jahresbericht geht weiterhin hervor, dass von den 48.187 Entscheidungen, die das Bundesamt 2010 fällte, 56,6 % Ablehnungen aus Sachentscheidungen waren. Dazu kamen noch 21,9 % aus formellen Entscheidungen. Das betraf insgesamt 37.792 Personen. Eine Personengruppe von 2.691 Menschen (5,6 %) bekam die Feststellung eines Abschiebeverbotes nach § 60 Abs. 2,3,5 o. 7 AufenthG. Eine weitere Personengruppe von 7.061 Menschen (14,7 %) bekam eine Gewährung von Flüchtlingsschutz gem. § 60 Abs1 AufenthG. Lediglich 643 Menschen, also 1,3 % der 48.187 AntragsstellerInnen wurde im Jahr 2010 das Recht auf Asyl zugesprochen.³

² „Das Bundesamt in Zahlen 2010“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

³ Quelle: „Das Bundesamt in Zahlen 2010“, Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, S.49

Vorbereitet wurde die Grundgesetzänderung des §16 in einer seit Anfang der 90er breit angelegten Kampagne politischer Akteure der so genannten demokratischen Mitte. Tatkräftig unterstützt von Presseorganen der Boulevardpresse wie BILD, bis hin zu intellektuell auftretenden Organen wie Der SPIEGEL. Ein Schlaglicht darauf wirft Klaus Farin in einem Beitrag aus dem Jahr 2010. In dem Beitrag „Jugendkulturen in Deutschland“ - Die 1990er“ auf der Internet-site der Bundeszentrale für politische Bildung heißt es: „Am 12. September 1991 hatte CDU-Generalsekretär Volker Rühe mit einem internen Rundbrief an alle christdemokratischen Fraktionsvorsitzenden eine bundesweite Kampagne gestartet mit dem Ziel, "die Asylpolitik zum Thema zu machen." In bereits ausformulierten Presseerklärungen und parlamentarischen Anfragen, bei denen die Kommunalpolitiker nur noch den Namen ihrer Stadt einfügen mussten, sollten die christdemokratischen Mandatsträger den "Unmut" der Bevölkerung stärken: "Sind Asylbewerber in Hotels oder Pensionen untergebracht worden? Zu welchen Kosten? Welche Auswirkungen hatte die Belegung von öffentlichen Einrichtungen mit Asylbewerbern auf die bisherigen Benutzer/ Besucher?" usw. Auch Sozialdemokraten beteiligten sich an der Kampagne gegen Flüchtlinge und Einwanderer. "Ich wünsche keine multikulturelle Gesellschaft, weil die nur zu gesellschaftlichen Disharmonien, zu Egoismus bis hin zum Gruppenhass führt", erklärte der SPD-Fraktionschef in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, im April 1992. "Aus Deutschland ein Einwanderungsland zu machen, ist absurd. Es kann dazu kommen, dass wir überschwemmt werden", erklärte auch Altbundeskanzler Helmut Schmidt am 12. September 1992 im Interview mit der Frankfurter Rundschau und forderte, für Asylbewerber zentrale "Lager zu bauen mit fließendem Wasser und Toiletten".“⁴



Noch mal dazu in einem Beitrag von Magret Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung (DISS) „BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien“ auf der Internet-site der Friedrich Ebert Stiftung: „Sie (gemeint ist die BILD-Zeitung) startete bundesweit eine Kampagne gegen Flüchtlinge, im Ruhrgebiet unter dem Titel: "Asylanten im Ruhrgebiet – Wer soll das bezahlen?" (vgl. dazu ausführlich Quinkert/Jäger 1992). In anderen Großstädten wurde das Wort Ruhrgebiet dann durch den entsprechenden Namen der Stadt ersetzt.“⁵ Und Siegfried Jäger „In einer Ausgabe von BILD, die einige Tage vor den Wahlen in Schleswig-Holstein und Baden Württemberg im April 1992 erschien, tauchte folgende Überschrift auf: „Die Flut steigt – wann sinkt das Boot? Fast jede Minute ein neuer Asylanter“ (BILD, 2. April 1992)“.⁶

Anlass zur Thematisierung von Flucht und Migration waren die steigenden Zahlen von ImmigrantInnen, die versuchten nach Westeuropa und auch in die BRD zu kommen. Sei es als Armutsflüchtlinge oder politische Verfolgte. Der

4 Klaus Farin „Die 1990er“ - <http://www.bpb.de/themen/V85FMO.html>

5 Margret Jäger, „BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien“, Friedrich Ebert Stiftung <http://library.fes.de/fulltext/asfo/01014004.htm>

6 Siegfried Jäger, Sprache als Werkzeug oder Waffe in Rassismus-Fremdenfeindlichkeit-Rechtsextremismus: Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs, KT Verlag 1993

Zusammenbruch der osteuropäischen Staatenbunde und deren politischen und ökonomischen Systeme verstärkten diese Problematik. Waren ausreisewillige Osteuropäer den Bundesregierungen bis dato ein Beleg der Unterdrückung in den Ländern des „real existierenden Sozialismus“, wurden sie nun zum Problem. Viele Menschen aus Osteuropa hatten mit dem Wegfall der limitierenden Grenzen die Möglichkeit zur Migration in den Westen. Politiker und Presseorgane in der BRD prognostizierten auf Grund steigender Immigrationszahlen einen Staatsnotstand. Eines der reichsten Länder der Welt beklagte mangelnde Kapazitäten angesichts eines „Ansturms der Armen“.



Wie einst in der Bibel eine der sieben Plagen, die das alte Ägypten heimsuchten, würden die ImmigrantInnen heuschreckengleich über das Land herfallen, alles auffressen und nur Leere und Staub hinterlassen. Aber nicht nur der bundesdeutsche Wohlstand schien gefährdet zu sein, sondern gleich die ganze nationale Existenz. Von einer „Asylantenschwemme“, von „Flüchtlingswellen“ und „Flüchtlingsströmen“ wurde geredet. Einer „Ausländerflut“, die das Land zu überschwemmen drohe. „Das Boot ist voll“ hieß es alttestamentarisch, als ob es sich Angesichts der Immigration um eine apokalyptische Flut und bei der BRD um eine Art Arche Noah handeln würde. Man könne niemanden mehr aufnehmen, das Boot, die Nation, drohe zu sinken und unterzugehen.

Neben dem Wohlstand und der nationalen Existenz sah man durch die ImmigrantInnen auch die Demokratie an sich gefährdet. Diese würde durch die Inanspruchnahme der Ideale wie Solidarität und dem Recht auf Asyl, in ihren Grundfesten ausgehöhlt und erschüttert. Man sprach vom „Missbrauch des Asylrechts“, von „Scheinasylanten“ und „Asylbetrügern“.

Das Wort „Asylant“ machte in dieser Zeit geradezu eine mörderisch steile Karriere. In den 70er und 80er spaltete sich der Begriff Flüchtlinge in den bundesdeutschen Medien auf. *„Mit dem Terminus „Asylant“ werden vornehmlich bis ausschließlich nur diejenigen Flüchtlinge bezeichnet, die aus Ländern der sog. Dritten Welt zu uns kommen, während für solche aus Osteuropa weiterhin der Begriff „Flüchtling“ angewendet wird. Durch diese Terminologie wird eine*

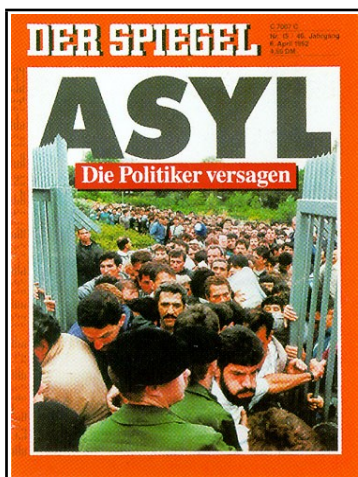
Aufspaltung in gute, zugangsberechtigte Flüchtlinge und schlechte, nicht berechnete Flüchtlinge vorgenommen.“ So Siegfried Jäger vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung.⁷

Laut Margret Jäger weckt das Wort „Asylant“ über seine Endung „-ant“ immer eine Negativassoziation im Deutschen Sprachraum aus.⁸

Und der Sprachwissenschaftler Jürgen Link nannte das Wort „Asylant“ ein „Killwort“.⁹

Es galt die Demokratie vor den „Asylanten“ zu schützen. Nur eine restriktive Auslegung würde der Demokratie gerecht, das Recht wahren und Asyl dem wahren Bedürftigen zukommen lassen. Schon 1985 äußerte der Berliner Senatsdirektor in der Frankfurter Rundschau vom 14. Juni *“Das Asylrecht lebt davon, dass es nicht in Anspruch genommen wird.“*¹⁰

Die Flüchtlinge seien zudem politisch und moralisch suspekt. Sie würden über ihre politischen Gesinnungen eine Gefährdung der Inneren Ordnung und des Sozialen Friedens darstellen. Insurrektion, Aufruhr und Terrorismus importieren. Vorneweg standen KurdInnen in der Kritik. Diese würden in Deutschland und von hier aus einen Kooperationspartner, die befreundete Nation Türkei, angreifen. Über mangelnde Körperhygiene und Krankheiten seien die Flüchtlinge eine Gefahr für die Volksgesundheit. Von der grassierenden Tuberkulose in Russland war die Rede. Die sexuelle Triebhaftigkeit der Afrikaner würde AIDS aus Afrika importieren. Die Flüchtlinge aus Afrika wurden kollektiv als Dealer verdächtigt und für den Drogenkonsum in Deutschland verantwortlich gemacht. Polizeiliche Observation und Repression (wie z.B. der Einsatz von Brechmitteln gegen Verdächtige auf Bremer Polizeiwachen Anfang der 90er/siehe Literaturhinweis) waren ihnen sicher. Viele wähten die „deutsche Leitkultur“ und „Identität“ durch „Überfremdung“ mit anderen kulturellen Einflüssen vor dem Untergang. Nicht nur die Quote für „deutsche“ und „internationale“ Musik im Rundfunk wurde diskutiert. Obendrein würden die ImmigrantInnen der autochthonen deutschen Bevölkerung die Arbeitsplätze wegnehmen. Dabei vollführten sie gleichzeitig das Kunststück, auch noch faul herumzulungern und den deutschen Sozialstaat zu belasten. Sie seien „Sozialschmarotzer“, „Parasiten“, etc..



Die Argumentationsstrukturen gegen die Flüchtlinge und Asylsuchenden wiesen dabei kaum Trennschärfe auf. Weder in der inhaltlichen Kritik, noch in den anvisierten Personengruppen. Armutsflüchtlinge, Aussiedler und politische Verfolgte wurden in den gleichen Topf geworfen. Am 9. September 1991 hat der SPIEGEL (Nr. 37, 1991) diese unterschiedlichen Zuschreibungen in einer Titelstory in negativer Steigerung ausgeführt und die Menschen prägnant subsumiert. Dort heißt es: *“Flüchtlinge, Aussiedler, Asylanten – Ansturm der Armen”*.

Das die schon lange hier lebenden ArbeitsmigrantInnen in den gleichen rassistischen Topf geworfen wurden war ein weiterer Umstand. Denn für den eingeborenen Deutschen hatten alle ImmigrantInnen etwas gemeinsam. Sie waren nicht von hier. Sie waren Ausländer. Das machte nicht zuletzt der Mob von der Straße allen klar.

7 Siegfried Jäger, „Gewalt in den Medien, Am Beispiel von Rassismus und Rechtsextremismus“.

(www.diss-duisburg.de/Internetbibliothek/Artikel/Gewalt_in_den_Medien.htm)

8 Margret Jäger, „BrandSätze und SchlagZeilen. Rassismus in den Medien“, FES, - <http://library.fes.de/fulltext/asfo/01014004.htm#E9E4>

9 Jürgen Link, „Asylanten. Ein Killwort“, kultuRRvolution 2, S.36-38, 1983

10 autonome l.u.p.u.s. Gruppe, „Lichterketten und andere Irrlichter, Texte gegen finstere Zeiten“, Edition ID-Archiv, S.18

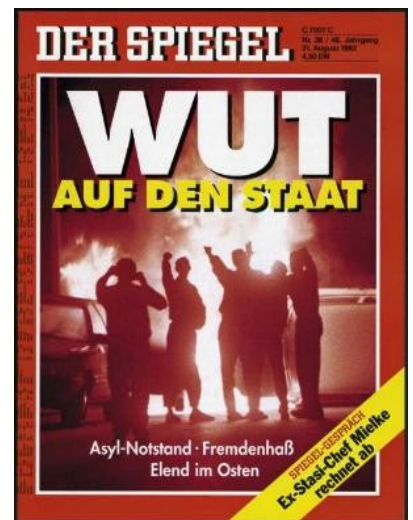
Der nationalsozialistisch aktive Anteil der deutschen BundesbürgerInnen fühlte sich durch diesen öffentlich geführten Diskurs staatlicher Würdenträger und großer bürgerlicher Medien in seiner völkischen Vorstellung einer nationalen Gemeinschaft bestätigt. Er beanspruchte das Urheberrecht auf die propagierten Kritiken und dahinter stehenden Ideen für sich und setzte sich als authentischer Protagonist in Szene. Angesichts eines propagierten Versagens der hohen Politik (Der SPIEGEL vom 6.4.1992: Asyl – Die Politiker versagen.) ließen sie sich nicht lumpen und nahmen die Verteidigung der Nation in die eigenen Hände. Die Nazis sahen in der prognostizierten Notlage eine Aufforderung zur völkischen Notwehr und Rechtfertigung für Pogrome gegen und Morde an Flüchtlingen und MigrantInnen.

Allein von 1990 bis kurz vor Änderung des Asylgesetzes im Mai 1993 wurden 48 Menschen von Nazis und Rassisten ermordet. Als „unproduktive Leistungsversager“ angesehene Obdachlose; als „unnütze Esser“ und „minderwertig“ eingestufte Behinderte; als staatskritisch, Nation und Kultur zersetzend, als äußerer Feind im Inneren betrachtete Punks und Linke. Vor allem aber als „fremd“ und „nicht zur Nation gehörende“ definierte ImmigrantInnen waren die Ziele der mörderischen Aggressionen. Zwei Beispiele nationalsozialistischer Gewalt aus dieser Zeit: Am 3. Oktober 1991 schmissen Nazis einen Molotovcocktail in das Schlafzimmer zweier libanesischer Kinder in Hünxe. Sie überlebten schwer verletzt. Am 23. November 1992 wurden zwei Brandanschläge in Mölln verübt. Drei MigrantInnen starben und Neun überlebten schwer verletzt. (Aus der Aufzählung „Opfer rechter Gewalt in Deutschland seit 1990“ vom 16.09.2010 im »DER TAGESSPIEGEL« und der Wochenzeitung »DIE ZEIT«.)

Die breite Masse der Bevölkerung schloss sich der ein oder anderen verbalen oder tätlichen Handlung gegen die als (volks)fremd definierte und nicht zur Nation gehörend empfundene Bevölkerungsgruppe der ImmigrantInnen an. Angesichts eines „Asylnotstands“ (SPIEGEL 36/1992) bei dem „Die Politiker versagen“ (SPIEGEL 15/1992), schien „Wut auf den Staat“ (SPIEGEL 36/1992) auch nur berechtigt und die Not am Mann bzw. der Nation die Eigeninitiative zu rechtfertigen.

Staatlich inszenierte und medial aufgearbeitete Notsituationen in Wohnheimen wie Hoyerswerda im September 1991 und Rostock im August 1992 schienen die Negativ - Prognosen auf Flüchtlinge unter Beweis zu stellen. Sie boten die nötigen Steilvorlagen für bis dahin ungeahnte rassistische Pogrome, die in ihrem Ausmaße nur bewussten behördlichen Wegschauens und Nichteingreifens zuzuschreiben sind. Zwei Kommentare des damalig zuständigen Innenministers für Mecklenburg-Vorpommern Lothar Kupfer angesichts des Pogrom in Rostock-Lichtenhagen: „*Ich habe Verständnis für die Reaktion der Anwohner*“ und „*Ich empfinde es als Schande, dass deutsche Polizisten gegen deutsche Demonstranten eingesetzt werden, um Ausländer zu schützen*“.

Die Behörden und Politiker machten die Flüchtlinge für die Pogrome haftbar. Schließlich hätten die Flüchtlinge durch ihre Anwesenheit in Deutschland die Gewalttätigkeiten provoziert. Eine bewusste Opfer-Täter Umkehr. Derselbe Innenminister noch einmal zum WDR: „Die



*Rechten haben bewirkt, die Politiker dafür zu sensibilisieren, dass das Asylrecht eingeschränkt wird und dass das Sicherheitsgefühl an erster Stelle steht – nicht nur in Ostdeutschland.“¹¹ Was und wer hier vor wem geschützt werden musste, steht für den obersten Dienstherrn der Polizei in Mecklenburg-Vorpommern fest. Brandstiftung und Mordversuch an über 100 Menschen werden zu einem Sensibilisierungstraining für deutsche Politiker und *den Rechten* sei Dank.*

Mittlerweile regte es sich aber weltweit in Politik, Presse und unter Menschen im Ausland. Was denn los sei im Nachkriegsdeutschland? Die rassistischen Gewalttaten, Morde und Pogrome weckten die Erinnerungen an das III. Reich. Und so sprachen die bundesdeutschen Politiker angesichts der rassistischen Gewalttaten über das von ihnen als primär angesehene Opfer, Deutschland. Sie sprachen von einer „Schande für Deutschland“. Das „Ansehen Deutschlands“ musste mittels mediengerechter musikalischer Großveranstaltungen a la „Rock gegen Rechts“ und Massenkundgebungen, so genannten „Lichterketten“, gerettet werden. Auf diese symbolische Art und Weise konnten und durften sich nun die anderen BürgerInnen engagieren. Diejenigen Mutigen, die sich im August 1992 in einer Demonstration gegen den Mob in Rostock-Lichtenhagen gestellt hatten, wurden niedergeknüppelt und verhaftet.¹² So demonstrierten im Dezember 1992 und Januar 1993 Millionen Menschen bei solchen Lichterketten. Die Motivationen waren unterschiedlich. Welche Botschaft aber auf dieser ergriffenen, aber nicht eingreifenden Weise, maßgeblich transportiert werden sollte war klar. Die Nation ist nicht identisch mit den Nazis.

Das nationale Ansehen Deutschlands war wichtig für die internationale Handlungsfähigkeit. Schon zweimal hatte Deutschland in diesem Jahrhundert, die Zerschlagung anderer Nationen mittels Krieg erfolglos versucht. Jeweils waren die konkurrierenden Nationen stärker gewesen. Das diese Nationen das Aufleben des deutschen Nationalismus mit Argwohn betrachten und notfalls sich zum Nachteil der deutschen Nation zu schützen gedenken, lag auf der Hand.



Aber auch der „Standort Deutschland“ war in Gefahr. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages Hans Peter Stahl: „Wenn Rechtsradikale so weitermachen, kostet uns das Milliarden: Aufträge werden storniert, Touristen und Investitionen bleiben aus.“¹³ Und die BILD-Zeitung schrieb am 25.11.1992: „So kann uns die Welt bestrafen Warenboykott, Investitionsstopp, Sportsperre...“ Angesichts dessen fuhr man in Politik und Presse eine Doppelstrategie. Einerseits galt es die Nation vor den Flüchtlingen zu retten. Andererseits galt es die Nation für das Ausland zu entlasten. Sie vor dem schlechten Ansehen zu retten, das dadurch entstand, was man zur nationalen Rettung gegen Flüchtlinge landauf, landab praktizierte.

Kurz nach dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen begannen die ersten Verbote rechtsradikaler Kleinstparteien und -gruppen. Im November und Dezember wurden die Nationalistische Front (NF), die Deutsche Alternative (DA) und die Nationale Offensive (NO) verboten. Der stellvertretende Vorsitzende der

11 Alle Zitate sind von dem Innenminister Lothar Kupfer aus:

„Biedermänner und Brandstifter – Gesellschaftliche Hintergründe des alltäglichen Rassismus“, Begleitheft zur Ausstellung, Verband Saarländischer Jugendzentren in Selbstverwaltung e.V. - VSJS

12 Filmdokumentation „Wahrheit lie/üßt in Rostock“, Spectacle London & JAKO videocoop Rostock, 1993

13 Aus Oliver Tolmein „Sowas kostet uns Milliarden“ in der Zeitschrift konkret 1/1993

CDU/CSU – Bundestagsfraktion Johannes Gerster äußerte sich eindeutig. Man wolle „*ein Signal vor allem auch für das Ausland setzen*“.¹⁴ Diese Verbote waren aber nicht nur Signale für das Ausland und den minimalen Anteil kritischer Stimmen im eigenen Land. Den nationalsozialistischen AktivbürgerInnen und der Bevölkerung sollte vermittelt werden, dass die Zeit der propagierten angeblichen Hilflosigkeit der Politiker endlich vorbei sei. Sie hatten getan, was man ihnen erlaubt und zugelassen hatte. Selbstjustiz war nun nicht mehr erwünscht und gebilligt. Das das Gewaltmonopol beim Staat liegt musste seinen größten VerehrerInnen wieder verdeutlicht werden. Beschädigung des Ansehens des „Standorts Deutschland“ und Schädigung der Leistungsmotivation der industriellen Reservearmee ausländischer Herkunft war da nicht vorgesehen.

Am 26. Mai 1993 wurde das Grundrecht auf Asyl im Bundestag mit einer 2/3 Mehrheit geändert.

Drei Tage später, am 29. Mai zündeten Solinger Nazis ein Haus an, ermordeten fünf türkisch stämmige MigrantInnen und verletzten vier zum Teil schwer.

Linke KritikerInnen des ganzen Geschehens beurteilten die Vorgänge unterschiedlich. Der Politologe Roland Appel, damals Mitglied der „Grünen“ im Landtag von NRW, verfasste für die Zeitschrift „Cilip – Bürgerrechte & Polizei“¹⁵ im Juli 1993 einen Beitrag, in dem er über die utilitaristische Sicht der Immigration schrieb. Er setzte sich mit der Kosten-Nutzen-Kalkulation zur Migration auseinander und rechnete der Bundesregierung vor, dass sie an der Immigration profitiere und wahrheitswidrig das Gegenteil behauptete. Stellvertretend für viele antirassistische Menschen war er der Meinung, dass die „Ausländer“ eine Sündenbockfunktion erfüllen würden und der Rassismus eine Placebofunktion hätte. *„Vor dem Hintergrund zumeist hausgemachter sozialer Probleme erscheint die Asyldebatte für politische Parteien ein willkommenes Instrument, ihre Untätigkeit zur Lösung von Arbeitslosigkeit und Wohnungsmangel zu verschleiern. Denn wer glaubt, dass er wegen „Ausländern und Asylanten um Arbeitsplatz und Wohnung bangen muss“, fragt nicht mehr nach den wirklichen Verantwortlichkeiten.“* In einem Beitrag der Frankfurter l.u.p.u.s. - Gruppe aus dem Jahr 1993 kamen zwei weitere Stränge der Kritik zur Geltung. Die Gruppe war damals nicht der Meinung, dass Rassismus eine flexible symbolische und praktische Ressource für Staat und Kapital sei, sondern: *„...hätte es keiner Verfassungsänderung bedurft. Das neue Ausländerrecht, das am 1.1.92 in Kraft trat und das neue Asylbeschleunigungsgesetz, das am 1.7.92 wirksam wurde, stellten all die administrativen und juristischen Mittel schon bereit um Deutschland de facto „flüchtlingsrein“ zu machen“...Die Abschiebung des Asylrechts in „sichere Drittstaaten“, der Verfassungsclo, Grundrechte – wie jede andere Ware auch – zu exportieren, hat also andere als „marktwirtschaftliche“ Gründe. Die Verfassungsänderung hat im wesentlichen keine Steuerungsfunktion gegenüber Flüchtlingen, sondern Steuerungsfunktion für den rassistische Konsens in diesem Land. Sie signalisiert Übereinstimmung mit und Anerkennung von rassistischen Grundhaltungen und rassistischen Handeln in einem Maße, wie es im Nachkriegsdeutschland bisher einzigartig war.“*¹⁶ Der propagierte Rassismus einerseits als Steuerungsmodul der Marktwirtschaft. Oder wie es diese Gruppe sieht, als gesellschaftliche Grundformierung. Es gab noch eine weitere Ansicht. Schon Ende der 80er Jahre schrieben Siegfried und Margret Jäger als

14 Ebenda.

15 Roland Appel, „Wie fremdenfeindlich kann Statistik sein? - AsylbewerberInnen: ein Problem der großen Zahlen?“, Bürgerrechte & Polizei – Cilip 45, Nr.2 / 1993

16 Autonome l.u.p.u.s. Gruppe „Lichterketten und andere Irrlichter – Texte gegen finstere Zeiten“, Edition ID Archiv, S.16 und 17

Mitherausgeber einer antifaschistischen Broschüre zum Thema Asyldiskurs im Jahr 1986: *„Faschismus der kleinen Schritte. Die Asylantenkampagne war nicht faschistisch, aber sie war ein Schritt zum Aufbau eines allgemein akzeptierten, faschistischen Bewusstseins. Entgegen anders lautenden Behauptungen ist Faschismus nämlich nicht nur Staatsform, sondern eine soziale „Bewegung“, eine Bewusstseinsentwicklung, auf der eine passende diktatorische Staatsform aufbaut... ...Seit der Kampagne sind wir wieder mal ein Stückchen weiter... Gekämpft wird selbstverständlich für die „Demokratie“. Aber die ist jetzt schon dasselbe wie „Deutschland“, ist gleichgesetzt mit „Nation“...“*¹⁷
Dies abschließend in der Darstellung des Beginns der 90iger Jahre in Deutschland.

Wie gesagt, ein Jahr später, im Sommer 1994, stand ich in diesem Raum auf Ellis Island und betrachtete die alten US-Karikaturen. Ich kam mir wie Signor Rossi vor, der 100 Jahre in der Zeit zurückgereist war.

3. Parallelitäten: Bilder von ImmigrantInnen

Ich habe in den Räumen des *Ellis Island Immigration Museum* einige Fotografien gemacht und während meiner online Recherche weitere US-Karikaturen aus der vorletzten Jahrhundertwende gefunden. Einige möchte ich analysieren und dabei auf die Parallelitäten in dem Diskurs zur Immigration Anfang der 90er Jahre in der Bundesrepublik verweisen.

¹⁷ Broschüre „Auf der Flucht, Asyl – ein Lehrstück über Rassismus in der Bundesrepublik“ des „Antifaschistischer Arbeitskreis Duisburg“, vermutlich 1987

3.1 ImmigrantInnen als Flutwelle



“The High Tide of Immigration—A National Menace,”

Immigration statistics for the past year show that the influx of foreigners was the greatest in our history, and also that the hard working peasants are now being supplanted by the criminals and outlaws of all Europe.

„Das Hochwasser/Springflut der Immigration – eine nationale Bedrohung“

Die Immigrationsstatistiken der letzten Jahre zeigen, dass diese Einwanderung von Fremden die GröÖte in unserer gesamten Geschichte ist. Und auch dass die hart arbeitende Bevölkerung durch Kriminelle und Gesetzesbrecher aus Europa verdrängt werden.

Das Bild zeigt eine Steilküste an deren Felsen sich „Uncle Sam“ in Sicherheit bringt. Besorgt blickt er hinter sich auf eine Springflut. Unter seinem Arm hält die Nationalallegorie die Nationalfahne auf der „Liberty“, Freiheit, steht. Ebenso hat er ein Eichenlaub als Zeichen der Nationalen Ehre in der Hand. Diese Insignien versucht er vor der Springflut zu retten. Dabei klettert er an einem Felsen hoch. Dieser wird als Fels der amerikanischen Ideen und Institutionen bezeichnet. Aber auch für diesen Fels droht Gefahr durch die Brandung. Diese Gefahr ist die steigende Flut der „Riff Raff Immigration“. Also Immigration des Schmutzes, des Abschaums, des Gesindels. In der Flut nähern sich Menschen. Ausschließlich dunkelhäutige, Schnauzbart tragende Männer, die wie Südeuropäer aussehen. Auf ihren Hüten, Kopftüchern und Turbanen steht Armut, Degenerierte, Ungebildete, Kriminelle, Gesetzesbrecher und Mafia, sowie Anarchisten.

Diese Karikatur von Louis Dalrymple erschien am 22. August 1903 in der wöchentlich erscheinenden Karikaturzeitung „Judge“ und bezog sich auf die ansteigende Zahl von ImmigrantInnen aus Süd- und Osteuropa. Sprich Italien, Russland und Österreich-Ungarn. Während die Zahl der Immigranten aus Nord- und Westeuropa sanken (z.B. Deutschland und Irland).

Auch in diesem Bild findet man eine Notsituation und den Begriff des Notstands wieder. Die „Riff Raff Immigration“ stellt eine naturgewaltige, endzeitliche Bedrohung dar. Hier werden die biblischen Bilder der allgewaltigen Flut und des Felsens in der Brandung verwandt. Diese Flut schwemmt menschlichen Abschaum heran. Die Immigranten sind die personifizierten Träger des drohenden Untergangs und allen Übels. Die Nation, verkörpert als Uncle Sam, ist bedroht und versucht sich, die amerikanische Ehre und die Freiheit an sich auf den

rettenden Fels der amerikanischen Institutionen und Ideale in Sicherheit zu bringen. In dem unter der Zeichnung stehenden Text wird noch einmal deutlich präzisiert, Adressat und Feindbild klar ausgesprochen. Es geht um die „hart arbeitende Bevölkerung“, die durch die Kriminellen und Gesetzesbrecher aus Übersee verdrängt werden. Die Befürchtungen liegen klar auf der Hand. Diese Immigranten bedrohen das System der Arbeit und damit die Grundfeste der Nation. Armutsflüchtlinge, die keine Bildung haben oder gar als geistig unterbemerkt betitelt werden, taugen nicht viel in ihrer Verwertbarkeit im Produktionsprozess (einer aufstrebenden Industrienation). Würden eher noch Kosten verursachen. Gesetzesbrecher, die sich nicht an das staatlich garantierte Regelwerk von Besitz und Freiheit halten, untergraben die staatliche Autorität und schöpfen Gewinne ab, die Staat und Kapital für sich beanspruchen. Anarchisten, als libertäre Kommunisten, stellen ideologisch, sowie praktisch, den Kapitalismus, Staat und Nation in Frage. Mit solch einer Immigration ist *„kein Staat zu machen“*. Die Betrachter sollen sich mit der Nation identifizieren. Mit der Nation, die ihnen die Sicherheit gibt weiterhin „hart arbeiten“ zu dürfen und Erwerb zu haben. Sie sollen der Nation beistehen, sonst würde ihnen durch die Kriminalität die ungesicherte und unregelmäßige Ausbeutung durch Kriminelle oder die Erwerbslosigkeit/Armut drohen.

Das Bild und die Untertitelung legen dem Betrachter auch ein „wir“ nahe. „Wir“, das sind die guten „hart arbeitenden“ Menschen. Die anderen sind der ruff raff“, das Gesindel, das uns ausnutzen will. Dieses „wir“ wird mit der Nation verbunden, identifiziert. Und dieses „wir“, das sind die, die Innen sind, die dazu gehören. Während die anderen von draußen kommen und nicht dazu gehören.

Die Unterteilung zwischen guter und schlechter Immigration ist ebenfalls angelegt in der Bezeichnung „riff raff“. Es muss also auch eine „gute“ Immigration geben. Eine Unterteilung in eine nützliche, verwertbare und in eine unnütze, kostenbringende Immigrationspopulation wurde damals schon vorgenommen. Gute, sprich nützliche Immigranten dürften damals wie heute zweifelsfrei gut ausgebildete Fachkräfte sein, die die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Industrie verbessern.

Die rassistische Markierung in der Zeichnung ist eindeutig in Hautfarbe und Kopfbedeckung der Immigranten zu erkennen. Woher unnütze ImmigrantInnen stammen, welcher Kultur sie angehören und wie sie aussehen, legt uns der Zeichner 1903 genau so nahe, wie die Graphiker aus BILD und SPIEGEL in den 90er Jahren.

Die Ähnlichkeit der Bilder und der Argumentationsweise zu den 90er Jahren ist frappierend. Bilder überwältigender Bedrohung, apokalyptische Endzeitszenarien, Biblische Metaphern, kollektive Symbolik mit biologistischen Zuschreibungen. Dazu dieselben beschworenen Ängste der Verdrängung, der Verarmung, der Schutzlosigkeit. Die gleichen Hoffnungsträger und Garanten: Staat und Nation, die den wirtschaftlichen Status Quo und seine kapitalistische Ordnung schützen. Die gleiche Argumentation, ImmigrantInnen als Gesindel und Abschaum zu bezeichnen. Sie zu bezichtigen, dass sie das Recht auf Freiheit und Demokratie missbrauchen würden und die ideologischen Fundamente der Gesellschaft, die Verfassung und deren Ideale in Gefahr bringen würden.

3.2 ImmigrantInnen als Müll und Schmutz



„The Proposed Emigrant Dumping Site“, Victor, *The Judge*, 22.03.1890

Die Karikatur „*The Proposed Emigrant Dumping Site*“ - „Die geplante Schutthalde für Einwanderer“ von dem Zeichner Victor erschien am 22. März 1890 in dem Satire-Magazin „Jugde“. Sie zeigt die Freiheitsstatue, die von dem Franzosen Frederic August Bartholdi mit dem Titel „Liberty Enlightening the World“ entworfen wurde und am 28.10.1886 auf der Bedloe Island im Hudson River vor New York eingeweiht wurde. Die Statue war ein Geschenk der französischen Regierung an das amerikanische Volk im Angedenken an den gemeinsamen Sieg im amerikanischen Unabhängigkeitskrieg am 4. Juli 1776.¹⁸ Die Statue steht in unmittelbarer Nähe zur Einwanderungsinsel Ellis Island. In dieser Karikatur zieht die Freiheitsstatue ihre Robe hoch und guckt sehr missmutig zu ihren Füßen. Dort sind gerade zwei Müllschiffe aus Europa dabei Abfall und Müll auf ihre Insel zu verklappen. Dieser Abfall besteht aus Menschen. Aus ImmigrantInnen. Am Horizont sieht man zwei weitere Schiffe aus Übersee kommen. Vermutlich weitere Schiffe mit „menschlichem Müll“. Der „Miss Liberty“ scheint es schlecht zu gehen. Sie hat die gleiche graue Farbe angenommen, wie die Müllkübel, die die ImmigrantInnen an das Land schmeißen. Die Insel, ein Teil Amerikas selber, beginnt sich schon müllgrau zu verfärben. Im Hintergrund sieht man einen Mann auf das amerikanische Regierungsgebäude gelehnt. Es ist der langjährige republikanische Finanzminister William Windom. An diesen richtet sich die Aufforderung von Miss Liberty: „*Mr. Windom, if you are going to make this island a garbage heap, I am going back to France.*“ - „Mister Windom, wenn Sie diese Insel zu einem Abfallkübel machen wollen, gehe ich zurück nach Frankreich.“

Hier werden Menschen als unwerter Müll bezeichnet, für die die amerikanischen Werte, hier durch „Miss Liberty“ personifiziert, zu schade sind. Die Aufforderung, den „Schmutz“ der Amerika besudelt und vor dem man seine Robe hochziehen muss, zu entfernen geht nicht etwa an die amerikanische Regierung, sondern an den Finanzminister. Wodurch eindeutig klar wird, dass es sich bei diesem „Müll“ um eine Belastung des Staatshaushalts handelt. Das verwundert nicht, da das Einwanderungsbüro seit 1891 direkt dem Finanzministerium unterstellt worden war. Immigration ist ein Haushaltsposten, durch und durch. Es geht um reinen Utilitarismus, Nützlichkeitsdenken. Diese Menschen zu Füßen der „Miss Liberty“ sind nicht nützlich. Sie müssen weg.

¹⁸Harvard University Library Open Collections Programm, Aspiration, Acculturation, and Impact, Immigration to the United States, 1789-1930 - <http://ocp.hul.harvard.edu/immigration/statueofliberty.html>

Darüber hinaus gilt für sie keinerlei humanistische Betrachtungs- und Behandlungsweise. Denn sie sind, per definitionem, Müll und Dreck. Diese utilitaristische Betrachtungsweise spiegelte sich auch in der bundesweiten Plakataktion der BILD-Zeitung *"Asylanten in... – wer soll das bezahlen?"* aus dem September 1991 wieder. Für die Stadt Dortmund hieß dies z.B. *"In Dortmund leben 257 Asylbewerber in 18 Hotels. Für das viele Geld könnte man auch Kindergärten bauen, sagen manche. Oder Krankenhäuser. Oder Wohnungen."*¹⁹ Dies war kurz vor dem Pogrom vom 17. bis 23. September 1991 in Hoyerswerda.

19 Klaus Farins, „Die 1990er“ - www.bpb.de/themen/V85FMO,O,Die_1990er.html

3.3 ImmigrantInnen als Seuche und Pest



„The Pests of our Pacific and Atlantic Coasts“
Uncle Sam „There shall be no discrimination. I will shot you both out“,
(Vermutlich aus Joseph Keplers „Puck“, Zeichner: Victor)

Das Bild zeigt den us-amerikanischen Kontinent. Linker Hand der pazifische, rechter Hand der atlantische Ozean. Auf der Landmasse stehen drei Personen. Mittig die Nationalfigur Uncle Sam. Links an der Westküste ein chinesischer, rechts an der Ostküste ein europäischer Mann.

Der chinesische Mann trägt traditionelle chinesische Kleidung. Auf seinem abgestellten Gepäck steht „Pauper Laborer“ - Armutsarbeiter. Eine abgelegte Galleone enthält Opium.

Der europäische Mann trägt abgerissene Lumpen als Bekleidung. Auf seinem Hemd steht „Pauper Immigrants“ - Armutsimmigrant. Auf seinem abgesetzten Bündel steht Sozialismus und Anarchismus, sowie Armut und Krankheit. Durchscheinend sitzt ein Skelett mit der Bezeichnung Cholera auf seinem Bündel. Der Immigrant hat harte, scharfe Gesichtszüge und eine Hakennase. Er ist unrasiert und trägt neben einem roten Stirnband einen großen Ohrring. Er wirkt wie ein Pirat oder Dieb aus alten Bildern oder den ersten Stummfilmen.

Der Chinese verweist mit einem Finger auf den europäischen Immigranten und damit auf eine nicht weiter ersichtliche Tatsache oder Umstand.

Zwischen den Beiden steht Uncle Sam. Im Hintergrund sieht man die Kuppel des Capitols. Uncle Sam hat einen ärgerlichen Gesichtsausdruck und abweisend beide Arme verschränkt. Sein Kommentar zu der Situation: „*There shall be no discrimination. I will shot you both out.*“ - „*Es wird keine Diskriminierung geben. Ich werde euch beide rausschmeißen.*“

Diese Karikatur, von der ich damals auf Ellis Island dies Foto machte, dürfte nach 1882 entstanden und in Joseph Keppler „Puck“ erschienen sein. Der Fingerzeig des Chinesen scheint sich auf den „Chinese Exclusion Act“ vom 6. Mai 1882 unter Präsident Chester A. Arthur zu beziehen. Dieser verbot jeglichen Zuzug chinesischer Arbeiter auf 10 Jahre, sowie die Erlangung der US-Staatsbürgerschaft für ChinesInnen. (Quelle: Harvard University Library Open Collections Programm) Mit dem Kommentar zur Karikatur kann man den Fingerzeig des chinesischen Arbeiters verstehen. Er verweist auf seine Diskriminierung

gegenüber dem europäischen Immigranten. Darauf bezieht sich aber nicht die Hauptaussage des Bildes. Diese lautet, dass beide Immigrantengruppen auszuweisen sind. Und die Gründe werden bildhaft dem Betrachter in großer Symbolik und mit kulturellen Stereotypen nahegelegt. Diese symbolischen Bilder sind kollektive Zuschreibungen und dienen dazu Grenzen zwischen „Innen“ und „Außen“ festzulegen. Zwischen den us-fremden chinesischen Arbeitern und europäischen ImmigrantInnen und den US-AmerikanerInnen. Die kollektive Symbolik definiert auch was erwünschte „Normalität“ und „Abweichung“ heißt. Als Norm steht dabei die amerikanische Nation, als Abweichung alles Fremde, bzw. die Nicht-Amerikanischen, sprich Chinesen und europäische ImmigrantInnen.

Hier findet man mehrere Bedrohungen vor.

Drohende Armut: Die Armut haftet am Immigranten und wird durch zerlumpte und dreckige Kleider, die seine ausgehungerte und hagere Gestalt trägt, dargestellt. Sie wird vom Immigranten importiert und droht die USA zu erreichen. Eine Empathie mit Armen kann man angesichts seines Äußeren nicht entwickeln. Und die Ursachen der Armut und des Hungers werden nicht beleuchtet. Vielmehr wird Armut zum Makel und über die Darstellung des Trägers der Armut als bedrohliche Gestalt wird die Armut an sich zur Bedrohung. Das Armut in den USA zur Tagesordnung gehört und in der Wirtschaftsordnung ihre Ursache hat bleibt verschwiegen. Die drohende Armut kommt von außen und ihr Träger ist der Immigrant.

Kriminalität: Über die piratenhafte Darstellung wird nahegelegt, dass es sich bei den ImmigrantInnen um fragwürdige Personen, mehr noch um Kriminelle handeln würde. Kriminelle, die das staatlich garantierte Regelwerk von Besitz und Freiheit individuell oder kollektiv (als Mafia) untergraben würden. Sie entwenden dem Staat und Kapital Gewinne und sind somit ein irregulärer, schlecht zu kontrollierender Konkurrent. Auch in diesem Bild wird nicht sichtbar, dass Kriminalität auch schon in den USA existiert. Vielmehr wird sie wieder von außen via Immigrant importiert.

Politischer und sozialer Unfriede: Schon in seinem Herkunftsland handelte es sich bei dem Immigranten um eine gegen die kapitalistische Wirtschaftsordnung rebellierende Person. Jemand der sich für Sozialismus einsetzte. Ebenso jemanden, der gegen Nation und Staat illoyal war. Diese sogar versuchte abzuschaffen. Mit diesen Ansichten handelt es sich bei den Immigranten um eine in jeder Hinsicht suspekta Person. Diese politischen Ideen würde der Immigrant von außen nach innen mit sich bringen und zersetzend wirken. Nach innen in ein Land mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung und Anspruch des Staats und der Nation auf erwachsene Loyalität seiner Bürger.

Krankheiten: Die ImmigrantInnen schleppen Krankheiten, Epidemien ein. Wie Wanderratten die Pest übertrugen, haben sie die Cholera im Gepäck. Sie sind, wie der Titel der Karikatur selbst sagt, eine Pestplage. Biologisch werden ImmigrantInnen als Krankheit und Befall des gesunden Körpers der Nation betrachtet. Wieder einmal werden Ursachen und Gründe von Krankheiten, also Mangelversorgung, Unterernährung, schlechte Wohnverhältnisse, Überbelastung auf der Arbeit, gesundheitsgefährdende Arbeitszeiten und -bedingungen nicht thematisiert. Wieder einmal gibt es dieses Problem nicht in den USA. Die Gefahr, die Krankheit, kommt von außen.

Drogen: Der Gebrauch von Drogen, hier Opium, wird den ImmigrantInnen angelastet. Diese werden kollektiv zu Drogendealern ernannt und für gesellschaftlich und gesundheitlichen Verfall verantwortlich gemacht.

Kulturelle Überfremdung: Die exotische Bekleidung und das asiatische Gesicht lassen den chinesischen Mann als Fremdkörper erscheinen. Wie die amerikanische

Regierung auf die chinesischen Wanderarbeiter reagierte wurde 1882 klar. Anti-chinesische Kampagnen, rassistische Übergriffe und Pogrome gingen dem Voraus und hielten noch lange an. Parallelen zu Deutschland sind hier sehr deutlich. Insgesamt finden sich hier schon alle Stereotypen wieder, die 100 Jahre später in den 1990ern Verwendung finden werden.

4. Antichinesischer Rassismus



„The Anti-Chinese Wall“

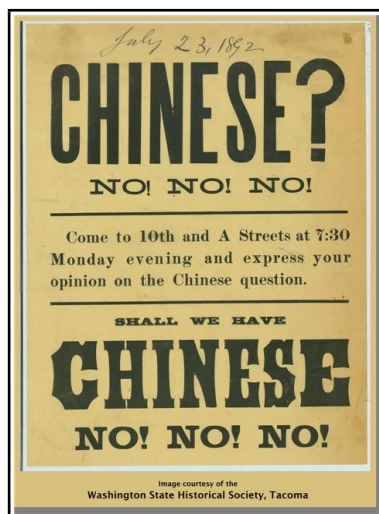
The American Wall goes up as the Chinese Original goes down. (Puck, F.Graetz)
Karikatur von Michigan State University Museum

Diese Karikatur stammt aus dem Satiremagazin Puck, was von dem bayrischen Immigrant Thomas Nast gegründet worden war. Im Vordergrund sehen wir acht Arbeiter beim Bau einer Mauer. Während rechts ein Mann Mörtel anrührt und diesen auf der Mauer aufbringt, tragen die anderen große Steinquader heran. Die Mauer steht auf dem diesseitigen (amerikanischen) Ufer eines Gewässers, auf dessen anderer (chinesischen) Seite Menschen eine Mauer mit Spitzhacken abreißen. Durch die dort entstandene Lücke sieht man chinesische Bauten und aus der Lücke treten Menschen hervor, die mit einem Boot auf das diesseitige Ufer gelangen wollen. Auf dem Fluss liegt ebenfalls ein größeres Schiff mit amerikanischer Flagge, auf dem gerade Handelsgüter aus China verladen werden. Es ist gut erkennbar, dass die acht Arbeiter diese „amerikanische Mauer“ gegen die chinesischen ImmigrantInnen aufbauen. Dabei handelt es sich um Uncle Sam, der den Kongress-Mörtel, die Gesetze, zum Verbinden der Steinquader anrührt und aufbringt. Bei den anderen Arbeitern, die ihm bei seiner Arbeit zur Hand gehen, handelt es sich um verschiedene Gruppen. Vorwiegend europäische Einwanderer. Sie tragen Argumentations-Quader heran. Vorneweg eine Ire. Auf seinem Quader steht „Vorurteile“. Er ist in einer, für die damalige Zeit typischen rassistischen Zuschreibung, einer affenähnlichen Physiognomie, gezeichnet. Hinter ihm kommt ein Afro-Amerikaner mit einem Quader auf dem „Antirassistische Gesetze“ steht. Danach ein Bürgerkriegsverteran mit einem Quader auf dem „Neid“ steht. Der französische Arbeiter trägt einen „Konkurrenz“-Quader. Ein jüdischer Arbeiter hat einen Quader mit „Niedriglöhnen“ bei sich und ein anderer Arbeiter hat einen Quader auf dem „Angst“ steht. Die Mauer ist hoch und fast fertig. Alle Quader tragen die genannten Aufschriften. Aber auch Aufschriften wie „Fehlende Gegenseitigkeit“ und „Unamerikanisch“ stehen darauf. Diese Karikatur, die aufzeigt wie in Amerika ein Schutzwall gegen chinesische ImmigrantInnen aufgebaut wird, ist eine der wenigen, die Empathie mit den ChinesInnen zeigt und voller bitterer Ironie die anderen ImmigrantInnen karikiert. Einwanderer, die eine Doppelmoral pflegen und Vorurteile gegen andere hegen, die ihnen selbst entgegengebracht werden. Einwanderer, die Gesetze und

Rechte für sich beanspruchen, die sie den chinesischen EinwanderInnen nicht gönnen.

Der Kunstgriff den oft mit rassistischen Vorurteilen versehenen irischen Einwanderer einen Quader für anti-chinesische Vorurteile tragen zu lassen, ist gelungen. Vor allem dadurch, dass er in einer typisch rassistischen Darstellung als Affe gezeichnet wird. Der Vorurteilsbehaftete pflegt Vorurteile. Der Betrachter dieser Karikatur kann so den Iren kritisieren, findet ihn aber als Affe gezeichnet und muss sich so selbst fragen inwiefern er jetzt selbst rassistische Vorurteile gegen Iren reproduziert. Eine gelungene Variante, die eine Selbstreflexion der Betrachters mit einbezieht, bzw. einfordert.

Die Ähnlichkeiten in den historischen Tatsachen und politischen Abläufe zu den 1990iger sind verblüffend. Während in China die Große Mauer des Ausreiseverbots bröckelt und Menschen in Not in die USA immigrieren wollen, baut die USA eine Mauer, einen Damm, einen Wall gegen die ImmigrantInnen auf. Das Gleiche in den 1990ern. Der so genannte „Eiserne Vorhang“ der osteuropäischen Staaten fällt, Menschen wollen nach Deutschland immigrieren und gegen diese „Ausländerfluten“, „Flüchtlingsströme“ und „Ansturm“ von „Asylanten“ werden administrative „Dämme“ und „Wälle“ errichtet, damit Deutschland nicht überflutet wird und das „Boot“ untergeht. Die Argumente und Maßnahmen ähneln sich sehr. Nur das es in den USA eine „multikulturelle Gesellschaft“ mit Migrationshintergrund war, während es bei der Deutschen nicht so multikulturell zugeht und der Großteil der BundesbürgerInnen keine Migrationsgeschichte hatte. Das es einen florierenden Güterverkehr und Handel zwischen den USA und China gab, während Menschen der Zutritt zu einem Land erschwert wurde, ist eine weitere Parallelität zu den 1990ern und heute. Für Güter und Kapital scheint es keine nationalen Grenzen zu geben. Eine weitere Parallelität ist die Hierarchisierung innerhalb der Immigrationsgesellschaft. Chinesen scheinen ganz weit unten zu stehen. Noch unter den gerade aus der Sklaverei entlassenen Schwarzen. Parallelitäten zum Antiziganismus in Europa drängen sich da auf.



5. Parallelitäten - Wenn aus Worten Taten werden

Bei diskriminierenden Worten und verächtlichen Bildern ist es in den USA nicht geblieben. Auch legislativ und in Form von rassistischen Pogromen lassen sich Parallelitäten zu der BRD herstellen. Ich will hier nur sehr kurz darauf eingehen. Und nur auf die bedrängteste Gruppe, die ChinesInnen.

Die Zahl der chinesischen EinwanderInnen wuchs seit 1850 in den USA. Vor allem im Westen der USA, in Kalifornien, siedelten sie sich an. Sie waren mit einer Prozentzahl von 3,1 % im Jahr 1854 und mit 5 % im Jahr 1882 (ca. 39.000 Personen) eine relativ geringe Anzahl zu den anderen Immigrationsgruppen. Bundesweit betrug die Zahl der ChinesInnen in den USA 105.465 Personen im Jahr 1880. Das war gegenüber einer Gesamtpopulation von ca. 50 Millionen US-BürgerInnen gerade einmal 0,21 Prozent.

Die beiden Opiumkriege 1840-42 und 1856-60, sowie der Bürgerkrieg im Taiping-Aufstand mit ca. 20 Millionen Toten (1851-1864) hatten die Qing-Dynastie sehr geschwächt. Dazu gab es weitere massive soziale und ökonomische Probleme im *Reich der Mitte*. Eine große Massenarmut zwang viele ChinesInnen zur Emigration. Zunächst in den Ostasiatischen Raum. Aber auch in die USA. Vorwiegend männliche Chinesen kamen in die USA. Die Frauen mussten sich um die Familien in China kümmern. Oft, wie bei den Arbeitsmigranten der 50er und 60er in der BRD, war auch nur an eine vorübergehende Zeit gedacht. Viele junge Männer bekamen die Finanzierung ihrer Reise durch die ganze Dorfgemeinschaft gestellt und schickten das von ihnen erwirtschaftete Geld nach China. Ähnlich wie es heute Dorfgemeinschaften in Afrika machen, die ihre jungen Männer nach Europa schicken. Die Chinesen kamen zur Zeit des Goldrausches und arbeiteten in Minen und Claims. Aber auch in der kalifornischen Landwirtschaft, der Fischerei, in Fabriken und beim Bau der transnationalen Eisenbahn. Hierfür wurden sie von der Central Pacific Railroad gezielt als Vertragsarbeiter angeworben. Ähnlich wie in Deutschland der 1950er und 1960er Jahre die so genannten „Gastarbeiter“ angeworben wurden. Die chinesischen Migranten arbeiteten ebenso in Wäschereien, der Gastronomie, etc.p.p.. Vielfach arbeiteten sie unter schlechteren Bedingungen und wurden auch weniger entlohnt. Auf Grund der starken kulturellen Unterschiede kam es zu einer starken Separation und Segregation. Sie wohnten in eigenen Communities, so genannten *China Towns*, und hatten eine starke Selbstorganisation. Dies, um in den Neuen Land zu überleben, aber auch weil ihnen seitens der Europäischen EinwanderInnen ein starker Rassismus entgegenschlug. Ihnen wurde einerseits die Unterminierung von Löhnen und Streikbrechertum vorgeworfen. Andererseits wurde ihnen ihre kulturelle Divergenz vorgehalten. Dabei war das Opiumrauchen ein willkommenes Stigma um gegen die chinesische Community vorzugehen. Es gab Boykottaufrufe gegen Chinesische Geschäfte und rassistische Pamphlete. Es gab Zuzugsbeschränkungen bei Wohnsitznahme in bestimmten Stadtteilen San Franciscos 1865 und das Verbot des Tragens der traditionellen Haartracht 1873. Dies war deswegen so schlimm, da die Qing-Dynastie das Tragen des traditionellen Zopfes gebot. Es war unter Todesstrafe verboten den Zopf abzuschneiden, da er als Ausdruck der Loyalität zum Kaiser galt. Wollte man wieder nach China zurückkehren, musste man den Zopf behalten. Das erste Strafgesetz der westlichen Welt gegen den Opiumkonsum (*City Ordinance*) gab es 1875 in San Francisco. 1880 wurde das Verbot von Mischehen im kalifornischen *Civil Code* auf Ostasiaten ausgedehnt. Usw.. Ab 1892 mussten alle chinesischen Einwohner der USA ein *Certificate of Residence* bei sich tragen. Falls sie dies nicht taten, drohte die Ausweisung oder die Zwangsarbeit. In Berufsgruppen wie der Fischerei verdrängten andere

Einwanderungsgruppen die Chinesen mit zur Hilfenahme vieler gesetzlicher Auflagen, Steuern und Ähnlichen, die direkt auf die traditionelle Berufsausübung und Kultur oder den Aufenthaltsbestimmungen der Chinesen zugeschnitten war. Z.B. Verbot mit Dschunken oder außerhalb der Dreimeilen-Zone Fischen zu dürfen, u.ä...



Das wichtigste Gesetz aber war der *Chinese Exclusion Act* von 1882, auf den das *Certificate of Residence* zurückging. Das Ausschlussgesetz für ChinesInnen. Es besagte, dass über 10 Jahre keine Chinesen mehr in die USA einwandern durften. Chinesische Arbeiter konnten zwar die USA verlassen, mussten sich aber registrieren lassen, um wieder in die USA einreisen zu können. 1888 widerrief der Kongress diese Bestimmung, womit den Arbeitern eine Wiedereinreise unmöglich wurde.

Es war Chinesen obendrein verboten Staatsbürger zu werden. 1790 war das erste us-amerikanische Staatsbürgerrecht in dem Sinne verfasst worden, dass ein „freier“ Mann Bürger der USA werden konnte, der einen guten Charakter hatte, einen Eid auf die Verfassung schwor und weißer Hautfarbe war. Nach den Sezessionskrieg 1861-65 sollte das Staatsbürgerrecht für alle gelten. Eine Mehrzahl der Kongressabgeordneten war aber gegen ein Staatsbürgerrecht für ChinesInnen. So wurde das amerikanische Staatsbürgerrecht für Schwarze erweitert, aber ein weiteres Mal rassistisch ratifiziert. Das war am 28. Juli 1868.

Der *Chinese Exclusion Act* von 1882 wurde mehrmals verschärft, 1892 und 1902 verlängert und 1904 auf unbefristete Zeit festgelegt. Erst 1965 mit dem *Immigration and Nationality Services Act* wurde diese antichinesische Diskriminierung endgültig aufgehoben.

Nach dem *Chinese Exclusion Act* von 1882 versuchten die chinesischen Arbeiter illegal über die Grenzen Mexikos und Kanadas einzureisen. Oder mit gefälschten Papieren, als Söhne von Chinesen, die die amerikanische Staatsangehörigkeit besaßen, einzureisen. Eine vom Staat als illegal definierte Immigration, wie sie auch heute weltweit stattfindet.

Zunächst wurde in San Francisco ein Auffanglager für asiatische und chinesische ImmigrantInnen eingerichtet. „*The Shed*“, der Schuppen. Unter unzumutbaren sanitären Bedingungen und schlechter Kost mussten die Einreisenden hier teilweise Monate verbringen. 1910 wurde das Lager auf *Angel Island*, einer Nachbarinsel der Gefängnisinsel Alcatraz in der Bucht von San Francisco, verlegt. Bis zur Schließung 1940 sollen dort 175.000 ChinesInnen registriert worden sein. Während für andere AsiatInnen das Prozedere relativ schnell erfolgte, dauerte es für ChinesInnen wesentlich länger. Wartezeiten bis zur „Inspektion“ dauerten in der Regel für sie bis zu vier Wochen. Einzelfälle, die zu Gericht gingen, bis zu 2 Jahre. Wegen der schlechten Unterbringung und Versorgung kam es 1919 und 1920 mehrmals zu Aufständen



auf *Angel Island*. Der Vergleich zu bundesdeutschen Kasernierung und Lagerunterbringung von Flüchtlingen liegt auf der Hand. Ebenso zu den Unruhen und Aufständen in Flüchtlingslagern, wie z.B. zuletzt auf der Mittelmeerinsel Lampedusa Mitte 2011.

Zur Zeit der ersten großen wirtschaftlichen Krise in den USA kam es zur einer regelrechten anti-chinesischen Hysterie. Im Oktober 1871 ereignete sich in Los Angeles ein rassistisches Pogrom, in dessen Verlauf einige hundert europäischstämmige Personen in die dortige Chinatown einfielen und mindestens 17 chinesische Männer und Jungen öffentlich lynchten.²⁰ Am 23. Juli 1877 wurden in San Francisco ChinesInnen in der ganzen Stadt angegriffen. Viele ihrer Geschäfte niedergebrannt. An diesem Pogrom nahmen an die 10.000 Personen teil. Erst nach drei Tagen konnten Bürgerwehr und Armee das Pogrom beenden. In Truckee, einer Bergstadt am Rande der Goldfelder der Sierra Nevada, wurden am 28. Oktober 1878 alle chinesischen EinwohnerInnen, ca. 2.000 Personen, von einem rassistischen Mob vertrieben, der ihre Häuser niederbrannte. Das Gleiche passierte am 31. Oktober 1880 in Denver, Colorado.

In Rock Springs, Wyoming, wurden am 2. September 1885 ca. 500 chinesische Minenarbeiter attackiert. 28 davon wurden ermordet. Dies sind nur einige Beispiele anti-chinesischer Morde und Pogrome aus dieser Zeit. Es gab eine richtige anti-chinesische Bewegung, bei der sich auch einige Gewerkschaftler stark engagierten. Die prominentesten Agitatoren der anti-chinesischen Bewegung waren der Politiker und Arbeiterführer Dennis Kearney und Samuel Gompers. Gompers hatte 1886 in Columbus, Ohio eine der ersten amerikanischen Gewerkschaften, die *American Federation of Labor*, gegründet. Durch den Ausschluss der chinesischen Arbeiter aus den Gewerkschaften, weil sie Ausländer waren, wurde eine rassistische Agitation innerhalb der Gewerkschaften erleichtert. (Die chinesischen Arbeiter bildeten wegen des Ausschlusses Gilden und Zünfte nach traditionellen Vorbildern.) Auch hier lassen sich problemlos Parallelen zu den rassistischen Gewalttätigkeiten in den 1990ern in Deutschland, den Pogromen in Mannheim-Schönau, Hoyerswerda und Rostock, den Morden in Mölln, Hünxe, Solingen, etc.p.p., entdecken.



20 „How Los Angeles covered up the massacre of 17 Chinese“, LA weekly, 10.03.2011

6. Parallelitäten: Restriktive Gesetzgebung

„Ein Einwanderungsgesetz regelt die Zuwanderung nach den Interessen des Einwanderungslandes und nicht nach denen der potenziellen Einwanderer“. Dies schrieb der Freiburger Historiker U. Herbert in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG vom 31. Juli 2001. Nicht anders war es 100 Jahre zuvor in den USA.

Auf Ellis Island wurden die armen ImmigrantInnen in vielfältigster Art und Weise kontrolliert und überprüft. Sei es auf ihre körperliche und mentale Gesundheit. Auf ihre Fähigkeit in ihrer Herkunftssprache Lesen und Schreiben zu können. Ob sie in ihrem Herkunftsland mit dem Gesetz in Konflikt geraten waren. Oder ob sie politisch linksgerichtet aktiv gewesen waren. Der Sinn bestand darin, dass nur Menschen in das Land kamen, die fähig waren, die von ihnen geforderte Arbeitsleistung zu erbringen. Dazu gehörte auch ein Mindestmaas an Schulbildung. Und das sie Willens waren, sich der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Ordnung zu unterwerfen. Entsprachen sie nicht den Erfordernissen der US-Regierung wurden sie wieder abgeschoben.

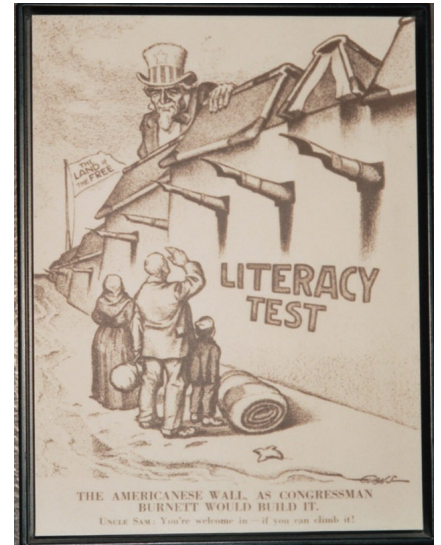
Generell gab es eine Vielzahl von Gesetzesänderungen in den USA um die Zahl der ImmigrantInnen zu limitieren und nach Nützlichkeit zu selektieren. Kleinere und größere Verordnungen und Gesetze. So z.B. den „Emergency Quota Act“ oder „Johnson Quota Act“ von 19. Mai 1921 mit dem man die steigende Zahl süd- und osteuropäischer EinwanderInnen in Folge des 1. Weltkriegs regulieren, bzw. aus dem Land fern halten wollte. In ihm wurde festgelegt, dass nur ein gewisser Prozentsatz an ImmigrantInnen aus einem jeweiligen Land einreisen konnte.



Zwar war die Quote für jedes Land gleich und lag bei 3 %. Aber mittels eines Tricks wandelte sich die scheinbare Egalität in eine sehr selektive kultur-rassistische Ungleichheit. Die Basis für die Quotenregelung von 3 % pro Land stellte die Volkszählung von 1890 dar. Da bis dahin vorwiegend EuropäerInnen aus dem Nordwesten Europas und Skandinavien eingewandert waren und die US-Staatsbürgerschaft erhalten hatten, schlug das Pendel innerhalb der erlaubten Migrationsquote für diese aus. Laut einer us-amerikanischen Statistik der Regierung von 1929 lag der Prozentsatz für EuropäerInnen aus dem Nordwesten Europas bei 86,5% (142.483 Personen), bei Süd-OsteuropäerInnen bei 11,2% (18.439 Personen) und dem Rest der Länder bei 2,3 % (3.745 Personen). Im

Falle der ItalienerInnen, von denen Anfang der 20er Jahre ungefähr 200.000 Menschen einwanderten, beschränkte sich die Anzahl auf 3.845 Menschen.²¹

Hochqualifizierte Fachkräfte waren von dieser Regelung ausgeschlossen. Eine Ausnahme, die sich heute in Deutschland bei bestimmten Berufsgruppen mit



21 „Statistical Abstract of the United States (Washington D.C. Government Printing Office, 1929), 100“ auf „Who was shut out?: Immigration Quotas, 1925-1927“, <http://historymatters.gmu.edu/d/5078> – Internetprojekt der George Mason University, Fairfax, Virginia, USA und des „American Social History Project/Center for Media and Learning, New York, New York, USA

speziellen Fachkenntnissen auch wiederfindet. Z.B. ComputerspezialistInnen, die eine so genannte Green Card erhalten. Für die ChinesInnen, die ab 1882 kein Staatsbürgerrecht erhalten durften, hieß es, dass die 3 % Quote auf sie umgerechnet 105 Personen im Jahr betrug. (aus: Chinese Exclusion Act (1882) auf Harvard University Library open Collections Programm) Das aber erst ab 1943, als China im 2. Weltkrieg Verbündeter der USA wurde. 1924 folgte der noch viel restriktivere „Johnson Reed Act“. Hier wurde die Quote auf generell 2 % gesenkt und auf verschiedene Nationalgruppen erstmals ungleiche Quoten angewandt. Bewerber aus Süd- und Osteuropa waren besonders hart betroffen. Für sie sank die Quote auf ca. 0,4 %. Auch hier lassen sich wieder Parallelen zur selektiven Praxis des bundesdeutschen Ausländer-, Asyl- und Aussiedlerrechts erkennen.

Am Rande sei hier das Staatsbürgerrecht für die UreinwohnerInnen erwähnt. Am 2. Juni 1924 erhielten erstmals die us-amerikanischen Ureinwohner im *Indian Citizenship Act* das Recht auf die Staatsbürgerschaft. Und nach dem *American Indian Religious Freedom Act* durften sie ab 1978 wieder ihren traditionellen Glauben praktizieren.

7. Die Aktualität rassistischer Migrationsbilder

7.1. Einige generelle Überlegungen

In den vorherigen Kapiteln habe ich mich bemüht auf die vielfältigen Parallelitäten und Kontinuitäten rassistischer Bilder gegenüber ImmigrantInnen zu verweisen. Metaphern und Bilder kollektiver Zuschreibungen in eigen und fremd, innen und außen, wert und unwert. Darüber hinaus habe ich die Parallelitäten der geschichtlichen Ereignisse, die zur Migration führten, sowie die administrativen Reaktionen der Staaten und Nationen schemenhaft skizziert.

Ähnlichkeiten, Parallelitäten und Kontinuitäten wurden somit zwar facettenhaft beleuchtet, aber nicht begründet. Die Frage nach dem *Warum*, „warum kommen diese Bilder immer wieder, bzw. verschwinden sie nicht“ drängt sich auf. Die Frage nach der Aktualität ist nicht beantwortet.

Der Frage nach dem *Warum* möchte ich nachgehen. Dafür wende ich mich wieder den US-Karikaturen zu. Denn diese geben darauf auch eine Antwort. Dafür nutze ich zwei Karikaturen. „*The Immigrant*“ von T. Bernhard Gilliam. Erschienen am 19. September 1903 in dem amerikanischen Satiremagazin „Judge“, das von dem österreichischen Immigrant Joseph Keppler gegründet worden war. Und „*Looking backward*“ von Joseph Keppler selbst aus dem Satiremagazin „Puck“, vom 11. Januar 1893.

7.1.1 The immigrant

An der Karikatur „*The Immigrant*“ lassen sich sehr gut die zeitlosen Hoffnungen und Ängste vieler Akteure auf die Immigration ablesen. Aber auch die ökonomischen Verhältnisse, die der Migration zu Grunde liegen und den ImmigrantInnen erwarten.



Quelle: The Ohio State University Billy Ireland Cartoon Library & Museum

Das Bild zeigt neun Personen, die auf dem (us-amerikanischen) Festland stehen, während im Hintergrund zwei große Schiffe hintereinander auf das Land zu steuern. In der neunköpfigen Gruppe überragt eine mittig stehende männliche Person an Größe und Körperfülle alle anderen. Es ist ein Mann mittleren Alters, der in ärmlichen Kleidern und mit Reisegepäck versehen, einen Karton trägt auf dem „*One million immigrants came to the U.S. in twelve month - Eine Millionen Immigranten kamen in 12 Monaten in die USA*“ steht. Dieser Mann steht für alle ImmigrantInnen. Seine zentrale Stellung im Bild, seine Größe und die aktive Ausrichtung aller Personen auf ihn hin zeigen, dass er eine wichtige und zentrale Rolle für die Interessen aller weiteren Personen spielt. Die angegebene Anzahl der Immigranten, die anscheinend zu ihm gehörende Frau und die auf die Personen ausgerichteten Schiffe mit weiteren ImmigrantInnen deuten darauf hin, dass die Anzahl und die Rolle der ImmigrantInnen weiterhin groß sein und die Aufmerksamkeit aller anderen auf sich ziehen wird.

Auf der linken Seite sieht man im Hintergrund die schon erwähnte einzige Frau. In ihrer Tracht ist sie wohl als Begleiterin des Mannes auszumachen. Kennt man die Fotografien des sozialdokumentarischen Fotografen Levis Hine aus den Anfang des letzten Jahrhunderts, sind beide in ihrer südeuropäischen Tracht unschwer als ItalienerInnen auszumachen.

Als zweitgrößte Figur sieht man auf der linken Seite die amerikanische Nationalallegorie Uncle Sam, der die Nation verkörpert. Er reibt sich mit erfreuter Miene die Hände und hat ein Schild unter dem Arm klemmen auf dem steht „*He is brawn and muscle for my country - Er ist Masse und Kraft für mein Land*“. Ein Bürger hingegen verschränkt abweisend seine Arme und äußert auf einem Schild „*He is a menace. - Er ist eine Gefahr*“. Er ist im Stile eine Mittel- und Nordeuropäers gezeichnet. Ein Arbeitgeber hingegen zieht begrüßend seinen Hut

und ist der Meinung „*He gives me cheap labor. - Er bietet mir billige Arbeit.*“. Auf der rechten Seite sieht man vier Männer mit weiteren Schildern stehen. Ein großer Mann mit Zylinder steht dort. Er ist dem 16. Präsident der USA, Abraham Lincoln, nachempfunden. Dem wohl bekanntesten aller amerikanischen Präsidenten. Der Staatsmann ist, nach der Nationalallegorie Uncle Sam, die zweitgrößte und zweitwichtigste Person auf dem Bild. Er verkörpert den Staat. Diese Figur äußert mit nachdenklichem Gesicht und Gestus auf seinem Schild „*He's a puzzle to me – Er ist mir ein Rätsel.*“ Für ihn scheint es nicht klar, wie er dem Fakt der Immigration begegnen soll. Ein aufgeregt rufender Politiker meint „*He makes votes for me. - Er bringt mir Wahlstimmen.*“ und will die Aufmerksamkeit des Immigranten durch Winken und Rufen auf sich lenken. Ein besorgt dreinblickender Gesundheitsinspektor in Uniform mit großer Spritze ist der Meinung „*He brings disease. - Er bringt Krankheiten und Seuchen.*“. Und ein us-amerikanischer Arbeiter zieht zornig, klagend an der Hose des Immigranten und meint „*He cheapens my labor. - Er drückt meinen Arbeitslohn.*“.

Für Hoffnung sorgt die große Masse an ImmigrantInnen bei der Nation. Sie erhofft sich Gewinn und Wachstum über die ImmigrantInnen. Das Wachstum des Bürgers als Grundlage eines Staates und der Nation. Wachstum und Gewinn, den man gebrauchen kann, in der Konkurrenz zu anderen Nationen. Ebenso der Unternehmer. Er erhofft bei den erwerbssuchenden ImmigrantInnen auf billige Arbeitskräfte, die seine Produktionskosten senken und ihm in der Konkurrenz zu anderen Unternehmern mehr Gewinn bringen. Eine weitere Person, die sich auf Profit freut, ist der Politiker. Er erhofft sich neue Wählerstimmen, die seine Macht erweitern sollen. Aufgeregt winkt er den ImmigrantInnen, denn auch er befindet sich innerhalb des Staatsgebildes und der Nation in Konkurrenz zu anderen politischen Positionen.

Aber es gibt auch Kritiker der Immigration. Der amerikanische Arbeiter z.B. fürchtet Erwerbseinbußen über die entstehende Konkurrenz von Anbietern billiger Arbeitskraft. Der Mediziner fürchtet eine Gefahr des Allgemeinwohls durch Krankheiten und damit verbundenen Produktivitätsverlustes. Der Bürger gibt sich etwas diffus in seiner undefinierbaren feindseligen Haltung. Seine Haltung beruht wohl auf dem an der Kleidung ablesbaren kulturellen Unterschied und der unterschiedlichen Klassenzugehörigkeit zwischen ihm und dem Immigranten. Dem Staatsmann, dem Staat, ist die Masse der ImmigrantInnen und die sich abzeichnenden Widersprüche ein noch zu klärendes Rätsel und zu lösendes Problem.

7.1.2 Utilitarismus

Den meisten Protagonisten ist gemeinsam, dass sie den Immigranten aus utilitaristischen Gründen betrachten. Wie kann man die Anwesenheit des Immigranten für sich gewinnbringend nutzen. Bzw. wo schmälert die Anwesenheit des Immigranten meinen Gewinn.

Die Nation, durch Uncle Sam verkörpert, erhofft sich Größe und Stärke über anwachsende Produktivkraft und Besitz im Lande. Der Unternehmer steigende Gewinne. Die angestandene Arbeiterschaft befürchtet Gewinnschmälerung durch steigende Konkurrenz in Form von billigen Arbeitskräften.

Anderen bereiten die ImmigrantInnen Sorgen und sie betrachten sie mit Skepsis. Der Bürger befürchtet eine Störung seines Status Quo. Der Arzt Schaden an der Volksgesundheit. Niemand scheint den Immigranten als primär das zu sehen, was er ist. Ein Mensch mit Bedürfnissen, wie die Betrachter auch.

7.1.3 Konfliktzonen

Was die ImmigrantInnen zur Migration treibt, wird über das Äußere des Mannes in der Karikatur sichtbar: Seine Armut entstanden aus Besitz- und Erwerbslosigkeit. Das Einzige was er besitzt und was er zu Markte tragen kann ist sein Körper und die ihm innewohnende Arbeitskraft. Hier ist schon der erste Konflikt sichtbar. Der amerikanische, sprich inländische, Arbeiter zieht zornig an dem Hosenbein des ausländischen Arbeiters, des Immigranten. Und der Unternehmer verbeugt sich geradezu vor dem Immigranten. In der Konkurrenz um Besitz und Gewinn, schmälert die Anwesenheit der großen Zahl der Immigranten die Chancen auf Erwerb für den amerikanischen Arbeiter und vermehrt den Gewinn des Unternehmers. Die Reaktionen von Arbeiternehmer und Arbeitgeber verweisen auf dasselbe Grundmuster, bzw. auf die herrschende Wirtschaftsordnung, den Kapitalismus, und die Konkurrenzgesellschaft. Den nicht aufzulösenden, antagonistischen Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit. Der Widerspruch, der die ImmigrantInnen verarmen ließ, zur Migration zwang und den sie nun wieder vorfinden.

Eine zweite sich anbahnende Konfliktzone stellt der als amerikanischer Bürger skizzierte Mann dar. Er verschränkt die Arme, betrachtet den Immigranten und angehenden Neubürger ablehnend. Feindselig trägt er ein Schild, worauf er den Immigranten als Bedrohung bezeichnet. Dieser Mann sieht wie ein gutsituierter Bürger aus der Mittelschicht aus, dessen Vorfahren Mittel- oder Nordeuropäer hätten sein können. Die ImmigrantInnen hingegen sind südeuropäisch gekleidet und gehören sichtbar zur proletarischen Unterschicht. In diesen Diskrepanzen scheinen die Konflikte zu liegen. Kulturelle, soziale und ethnische Standesdünkel des eingesessenen US-Bürgers scheinen die Basis seiner Haltung zu sein. Konfliktzonen, bei denen es aller Wahrscheinlichkeit um die Erhaltung des Status Quo geht, in dem der Bürger ein gutes Auskommen hat und um das er fürchtet. Ein Status Quo, dem die kapitalistische Werteordnung zu Grunde liegt.

7.1.4 „Looking backward“



Joseph Keppler, Puck, January 11, 1893

„Looking backward“ von Joseph Keppler aus dem Jahr 1893 skizziert eine Szene an einem Landesteg eines us-amerikanischen Hafens. Untertitelt ist es mit „*They would close to the new-comer the bridge that carried them and their fathes over.*“ - „*Sie wollen den Neueinwanderern den Zugang versperren, der ihnen und ihren Vätern offen stand.*“ Ein Immigrant, gekleidet in ärmlicher, geflickter Kleidung und bepackt mit seinem Hab und Gut, was gerade mal in ein paar Beutel passt und aus diesen herausragt, will an Land gehen. Dort aber stehen fünf wohlhabende Männer. Alle sind mit teuren Kleidern versehen und tragen Insignien der Macht und des Reichtums. Pelzkragen und Zylinder, teure Uhrketten und edle Spazierstöcke. Alle sind wohlbeleibt und sie zeigen dem mageren „armen Schlucker“ über ihre Mimik und Gestik, dass er hier nichts zu suchen hat. Es ist ein sonniger Tag und die Sonne wirft von den reichen Männern, die sich nach außen, vom Land weg, gegen den Immigranten wenden, die Schatten an die Wand. Und die Schatten zeigen sie, wie sie vor zig Jahren als arme Einwanderer die USA erreichten. In zerrissenen und verbeulten Kleidern, mager und mit ihrer letzten Habe bepackt.

Eine Karikatur, die auf den Egoismus und die Doppelmoral der mittlerweile sesshaften und gutsituierten Ex-Einwanderer zielte und diese kritisierte.

Aber diese Karikatur hat es in sich, zeigt sie doch, dass der Grund der Migration im Verhältnis zu Besitz und Eigentum steht. Die Menschen auf dem Bild haben (der Immigrant) und hatten (die Staatsbürger) dieselbe Ausgangsposition im Leben. Den Mangel an Besitz. Jetzt gibt es einen „gewaltigen“ Unterschied. Es gibt Besitzende und Nicht-Besitzende. Die, die Besitz haben, sehen sich in der Lage zu bestimmen und Gewalt über den Nicht-Besitzenden auszuüben. Ihre persönliche Überzahl und Gestik drückt dies aus. Der, der besitzt bestimmt die Regeln und somit das Gesetz. Der Besitz scheint die verschiedenen Verhaltensstrukturen hervorzubringen. Der Eine bestimmt über den Anderen. Und der Andere muss sich beugen und tun was der Nicht-Besitz mit sich bringt, z.B. in die Migration gehen und sich in einer Position des Nicht-Erwünscht-Seins wiederzufinden. Kernproblem scheint also Besitz und Eigentum zu sein. Kulturelle Differenzen hingegen scheinen bei dem Macht- und Gewaltverhältnis keine Rolle zu spielen. Die Immigranten schienen in der Vergangenheit durchaus

verschiedener Herkunft gewesen zu sein. Der große Gleichmacher in ihrem jetzt einmütigen Verhalten scheint ihr Vermögen, ihr Besitz, zu sein. Somit kämen wir wieder zu der Karikatur „*The Immigrant*“, die auf das Verhältnis zwischen Arbeit und Lohn, Besitz an Produktionsmitteln und Arbeitskraft verweist. Sprich auf die kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Besitz und Eigentum regelt.

7.2 Andauernde Widersprüche – Andauernde Bilder

In ihrer Kombination sind die beiden letztgenannten Karikaturen erhellend für das feindliche Klima, dem MigrantInnen oft ausgesetzt sind. Utilitaristisch heißt es: Wenn man Gewinn an MigrantInnen machen kann, so sind sie willkommen. Wenn nicht, dann nicht. Kulturelle und ethnische Differenzen spielen als Konfliktzonen eine starke Rolle, sind aber nicht die Basis des Grundkonflikts. Eher könnte man sagen, dass soziale Konflikte ethnisiert werden. Die Basis der Feindschaft liegt im Verhältnis zum Eigentum. Und dieses Verhältnis, dieser Status Quo, wird bewacht und geschützt durch die Figur aus den erstgenannten Karikaturen. Durch Uncle Sam, der nichts weiter ist als die Allegorie der amerikanischen Nation. Somit ist die Nation das Schutzelement des Eigentums. Und der Nationalismus, zu dem die Betrachter aufgefordert werden, die tragende Ideologie.

Im Bild „*The Immigrant*“, befindet sich noch eine weitere wichtige Figur: Der Staat als denkendes und lenkendes Element. Der Politiker, kleiner als der Staat gemalt, wirkt wie ein bunter, aufgeregter hin und her springender Clown, der die ganze Zeit seine (politischen) Positionen wechselt. Er ist wenig seriös und dem Staat untergeordnet.

Eigentlich hätte ich mich 1994 nicht so verwundert zeigen sollen angesichts der alten us-amerikanischen Karikaturen. Nation, Staat und Kapital sind keine deutschen Erfindungen der Nachkriegszeit. Und so lange diese bestehen bleiben, werden die us-amerikanischen Karikaturen zeitlos wirken und von einer dauerhaften Aktualität zeugen.

Bildnachweis:

“The High Tide of Immigration—A National Menace,” Louis Dalrymple, Judge Magazine, August 22, 1903, OSUCGA – The Ohio State University Billy Ireland Cartoon Library & Museum, <https://cartoonimages.osu.edu/MbVmUnGXa>.

“The Proposed Emigrant Dumping Site” Judge Magazine, March 22, 1890. National Park Service, Statue of Liberty NM, <http://www.nps.gov/stli/historyculture/the-immigrants-statue.htm>

„The Pests of our Pacific and Atlantic Coasts“, „There shall be no discrimination. I will shot you both out“, Zeichner: Victor, Vermutlich aus Joseph Kephlers „Puck“

„The Anti-Chinese Wall“ „The American Wall goes up as the Chinese Original goes down.“, Friedrich Graetz, Puck, 1882, Michigan State University Museum

"The Immigrant," F. Victor Gillam, Judge, 19 September 1903; from Library of Congress, Prints and Photographs division; <http://hdl.loc.gov/loc.pnp/cph.3g03659>

„Locking backward“, Joseph Keppler, Puck, 11.01.1893, Oppen Project, The Ohio State University Cartoon Research Library

